Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 12. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Numm. 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 12 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge., Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächstfällige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, jetzt Schloss-Strasse 19, Ecke der Sporergasse.
An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien etc.** Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle der Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Aepfelwein eigener Pressung
empfiehlt als angenehmen Kur-, Tisch- und Bowlen-Wein in Gebinden und Flaschen zu billigstem Preise
C. H. Kühn,
Dresden, Böhmische-Strasse 1.

S. Nagelstock,
6 Altmarkt 6.
Kinder-Garderoben-Magazin,
grösstes Lager von Bekleidungen Knaben und Mädchen vom zartesten Alter bis zu 16 Jahren, in einfachsten bis feinsten Genre zu **billigsten Preisen.**

Nr. 108. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Veränderlich, meist heiter, etwas kühler. **Dresden. Sonnabend, 17. April.**

Politisches.

Mit jedem Schnellzuge treffen in Berlin kleinstaatliche Minister ein, um persönlich im Bundesrathe ihre Stimmen abzugeben. Der Reichskanzler hat seine Vorschläge zur Abänderung der Geschäftsordnung des Bundesrathes eingebracht und dieser sich ungesäumt und mit dem Eifer, mit dem das Publikum sich auf das neueste amerikanische Geduldspiel Boß-Puzzle wirft, daran gemacht, die in Unordnung gerathenen 15 Nummern seiner Geschäfte wieder in die gehörige Reihenfolge zu bringen. So wird „Prinzipals Verzweiflung" bald auf's Freundlichste gelöst sein. Für das größere Publikum bieten die Vorschläge zur Abänderung der Geschäftsordnung wenig Interesse. Das Wichtigste ist, daß die Geschäfte des Bundesrathes in zwei Kategorien eingetheilt werden sollen. Die wichtigen, die Gesetzgebungsarbeiten, sollen in „Ministersitzungen" bald nach Neujahr berathen werden, um die Vorlagen für den Ende Januar beginnenden Reichstag vorzubereiten; zur Erledigung der minder wichtigen Bundesrathsarbeiten wird sich sonst noch Zeit finden. Die Stellvertretungen in der Abstimmung sollen als verfassungswidrige aufhören; die Kleinstaaten möchten nur den Beutel ziehen und die Gelder nicht ansehen, welche die Unterhaltung von eigenen Vertretern in Berlin kostet, meint der Kanzler. Die Ausschußsitzungen will er beschränken, dagegen mehrfache Lesungen der Vorlagen einführen. Gänzlich unzulässig sei die „Duldung von nicht genügend legitimirten Theilnehmern an den Bundesrathssitzungen". Das bezieht sich auf den armen Postdirector Dr. Fischer, der, kaum drei Tage vorher in sein neues hohes Amt berufen, im Auftrage seines Chefs Dr. Stephan in der vielbesprochenen Bundesrathssitzung erschien und eigentlich dort nicht zu „dulden" war. Die Gesammtheit der Vorschläge entspricht nicht entfernt den tiefgreifenden Verfassungsveränderungen, zu denen das Demissionsgesuch des Kanzlers Anlaß bieten zu wollen schien. Man hat also eine Dampfmaschine von 50 Pferdekraft in Bewegung gesetzt, um eine Nähmaschine zu treiben.

Der Reichstag hat auch in der dritten Lesung das Militärgesetz unverändert angenommen. Das militärische Septennat ward bewilligt, ebenso die Präsenzstärke von 427,724 Mann im Frieden; Anträge auf drei- oder einjährige Bewilligung des Militäretats fielen ebenso durch, wie der Antrag auf gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Das Verhältniß Deutschlands zu Frankreich und Rußland bildete den Hauptstoff. Der einzige Mann, der hierüber authentische Aufschlüsse zu geben vermocht hätte, der Reichskanzler, hielt sich auch diesmal von den Berathungen der Volksvertretung fern. Wuchtig waren die Angriffe des Abg. Eugen Richter auf die Nationalliberalen, die er mit beißendem Humor die „fürstlich-bismarckischen Abgeordneten" nannte. Der Führer der Fortschrittspartei concentrirte in der Erkenntniß, daß die Nationalliberalen doch nicht von der Bewilligung des Septennats und der Erhöhung der Friedensstärke zurück zu halten waren, seine Ausführungen in einem Appell an ihren Mannesmuth für die Zukunft. Richter rechnete es den Conservativen zum Verdienst an, daß sie der Vermehrung des Friedensheeres nicht mit leichtem Herzen, sondern nur aus ernsten patriotischen Gründen zugestimmt hätten, wie man halb mit Widerwillen eine sauere Arbeit verrichtet, von deren Nothwendigkeit man jedoch sich überzeugen müsse. Im Gegensatz zu dieser würdigen Haltung der Conservativen hätten sich die Nationalliberalen mit wahrem Enthusiasmus für die Vermehrung der Heereslast erklärt und zwar blos, um wieder lieb Kind beim Fürsten Bismarck zu werden. Das sei aber eine grundfalsche Rechnung. Eine so entschiedene und gewaltige Persönlichkeit wie der Reichskanzler*) verlange eine entschiedene Opposition, wenn er sie achten und mit ihr rechnen solle. Bismarck sei ein ganzer Mann, der sich nicht durch Halbheiten leiten, sondern nur durch ganze Männer zwingen lasse. Jetzt bereite er das Tabaksmonopol vor und für dieses würden die Nationalliberalen, die es bisher heftig bekämpft, zuletzt doch stimmen. Richter sagte also auf Grund der bisherigen erbärmlichen Haltung der Nationalliberalen, denselben ihr künftiges Ja zu dem Tabaksmonopol auf den Kopf zu. Und er wird Recht behalten.

Einen Beweis davon liefert diese Partei bereits in der Frage wegen der Beendigung des Kirchenconflikts in Preußen. Bekanntlich verlangt die dortige Regierung vom Papste, daß er nicht blos auf dem Papiere den Bischöfen gestattet, die von ihnen ernannten Priester den Staatsbehörden zur Bestätigung anzuzeigen, sondern daß die Bischöfe damit auch den Anfang machen und Seelsorger für die verwaisten katholischen Pfarreien erneuen. Thun sie dies, so will die Regierung sich durch einen Gesandten beim päpstlichen Stuhle vertreten und sich vom preußischen Landtage die Vollmacht geben lassen, die Maigesetze nach Belieben anzuwenden oder auch nicht. Gegen eine solche Blankovollmacht müßte sich nun eigentlich jedes liberale Gewissen empören; sie gewährt einer Regierung eine unermeßliche Machtfülle und gestattet der Willkür einen unbegrenzten Spielraum. Denn sie kann dann die ihr mißliebigen Persönlichkeiten ganz nach Laune maßregeln. Anfangs sträubte sich der Nationalliberalismus gegen die in einem Verfassungsstaate unerhörte Forderung: es in die Hand der Regierung zu legen, ob sie Landesgesetze anwenden will oder nicht? jetzt heißt es bereits: Warum denn nicht? Wie in Dresden sich regelmäßig, wenn die Hundesperre ablaufen müßte, ein toller Hund einfindet, ebenso sicher bellt, wenn in Deutschland eine drückende oder freiheitsfeindliche Maßregel droht, der Nationalliberalismus, der bis dahin munter dagegen kläffte, doch zuletzt sein heiseres Ja!

Der Stand des Kulturkampfes in Belgien ist der, daß die empörte Regierung die Doppelzüngigkeit des päpstlichen Stuhls wirksam bestrafen will. Die belgische Regierung hat sich nach Rom gewendet, um sofort Aufklärung über das Verhalten des Papstes zu verlangen. Beharrt der Papst bei seiner Verdammung des belgischen Schulgesetzes und lobt er die Bischöfe, welche die das Schulgesetz befolgenden Eltern und Kinder exkommunicirten, so erfordert es die Würde des belgischen Staates, daß er seinen Gesandten aus dem Vatikan abberuft und jeden Verkehr mit einem Manne abbricht, zu dem er kein Vertrauen mehr haben kann. Die Monsignori im Vatikan dürften sich zu früh ins Fäustchen gelacht haben, daß sie die belgische Regierung an der Nase herumführten!

Jemehr französische Kirchenfürsten gegen die Märzdekrete protestiren, desto höflicher lauten ihre Proteste. Der Kardinalerzbischof von Lyon befleißigt sich sogar eines sehr unterwürfigen Tones gegen den Präsidenten und die Minister der Republik. Er bittet, es ihm nicht übel zu nehmen, wenn er als Erzbischof für die Jesuiten und andere Orden eintrete. Indessen, ob grob oder höflich, rebellisch oder unterwürfig, die Regierung legt alle Protestbriefe der Bischöfe einfach zu den Akten und läßt auch die Ausschreitungen der ultramontanen Presse ungeahndet. Wie soll man denn auch gegen die Vertheidiger ihrer Religion einschreiten, wenn man die mordbrennerischen Reden, welche die Communarden neulich am Grabe von Flourens hielten und die Wuthausbrüche des rothen Radikalismus ruhig dahingehen läßt? Die französische Regierung muß sich sehr stark fühlen, daß sie duldet, wie ihre Gegner von links und rechts sie mit wüthenden Bissen anfallen, ohne daß sie nur die Hand dagegen zuckt.

Auch Graf Taaffe in Wien weicht nicht vor dem Feinde zurück. Das Mißtrauensvotum, das ihm neulich das Abgeordnetenhaus ertheilte, vertreibt ihn nicht aus seinem Amte. Er weiß genau, daß die siegreichen Gegner ihren Sieg nur dem Zufalle, nämlich der Abwesenheit mehrerer Anhänger der Regierung, verdankten. Die deutsche Verfassungspartei Oesterreichs wäre im Augenblicke nicht stark genug und fähig, an die Spitze der Regierung zu treten. Sie weiß mit ihrem Siege nichts anzufangen. Graf Taaffe verfährt daher korrekt, wenn er das Abgeordnetenhaus auflöst, an das Land appellirt und abwartet, in welchem Sinne sich die Mehrheit der Völker Oesterreichs ausspricht.

*) Dahin ist unser gestriges Reichstagstelegramm richtig zu stellen, daß durch Weglassung einer Zeile Satz die Worte Richter's seinem Gegner Richert in den Mund legte. Anm. der Red.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 16. April. **Reichstag.** Liebknecht begründete unter großer Unruhe des Hauses den Antrag auf Sistirung des gegen Wiemer beim königl. Amtsgericht zu Chemnitz schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der gegenwärtigen Reichstagssession. Es handelt sich um die bekannte Vertheilung des Züricher „Sozialdemokrat" an die Mitglieder der 2. sächsischen Ständekammer. Antragsteller erhob schwere Beschuldigungen gegen die sächsischen Behörden, sprach von Verfassungswidrigkeit, Unfug rc. und wurde deshalb zur Ordnung gerufen. Dr. Beseler beantragte Verweisung des Antrags an eine Kommission, damit Liebknecht zum Beweis seiner Behauptungen aufgefordert werde, und wies auf den Widerspruch hin, der darin besteht, daß Abgeordnete als Zeugen vor Gericht erscheinen müssen, während man sie als Angeklagte davon entbinde. Dr. Windthorst sprach dafür, daß dem Antrage Liebknecht dem bisherigen Brauche gemäß stattgegeben werde, verwahrte sich aber dagegen, als billige er die ganz unzulässige Art der Begründung. Die Commission habe keine richterliche Befugniß; wenn die sächsischen Behörden ungerecht angeschuldigt worden seien, wie er annehme, so gebe es Wege, dies zurückzuweisen — eine sachliche Darlegung genüge. v. Helldorf für Commission. Liebknecht: Er könne seine Behauptungen aktenmäßig beweisen. Nur die Thatsache der Begründung des Antrages habe für ihn Werth; ob das Haus das Strafverfahren gegen Wiemer einstellen lasse oder nicht, sei dagegen von unendlich geringer Bedeutung. Commissionsverweisung ward schließlich abgelehnt und der Antrag Liebknecht angenommen. In fortgesetzter Berathung der Militärgesetznovelle begründete Dr. Windthorst die Anträge des Centrums auf Befreiung der Geistlichen und israelitischen Religionsdiener von den Uebungen der Ersatzreserve 1. Klasse. Kriegsminister v. Kameke erklärte sich gegen den Antrag, durch den eine Incongruenz in das Gesetz gebracht würde. Faktisch sei er auch ohne Belang; es würden fast nie Geistliche herangezogen. v. Kleist-Rhetzow und Marcard sprechen gegen Befreiung jüdischer Religionsdiener von den Reserveübungen. Die jüdischen Religionsdiener würden zu den verschiedensten Zwecken verwendet. Hinschius: Wenn man dem Volke auf diese Weise die Religion erhalten wolle, dann müsse auch dafür gesorgt werden, daß sie allen Religionsgemeinschaften erhalten werde. Er ist übrigens gegen den Antrag des Centrums, ebenso Dr. Bortius, während v. Heeremann, v. Schorlemer-Alst und Dr. Windthorst für denselben plädiren. Die Freilassung israelitischer Religionsdiener von den Reserve-Uebungen wurde mittelst Hammelsprunges mit 185 gegen 116 Stimmen abgelehnt, die der Geistlichen mit 161 gegen 151 St. angenommen. Dagegen stimmten Fortschritt und Nationalliberale, dafür das Centrum; Konservative und Reichspartei spalteten sich. Während der jetzige preußische Kultusminister für den Centrumsantrag stimmte, erklärte sich sein Vorgänger Falk dagegen, ebenso Graf Wilhelm von Bismarck. Schließlich fand das ganze Gesetz mit 186 gegen 128 St. Annahme. Dagegen stimmten Fortschritt, Centrum, Sozialdemokraten, Polen und Lasker, Bamberger und v. Forckenbeck. Der von Windthorst eingebrachte, auf Zollfreiheit des Flachses gerichtete Gesetzentwurf wurde in zweiter Lesung angenommen, nachdem sich v. Varnbühler, Stellter und Saucken-Tarputschen dafür verwendet. v. Ludwig klagte über zu geringe Berücksichtigung der Landwirthschaft und verlangte ebenso wie Staudy Beibehaltung des Flachszolles im Interesse der kleinen Landwirthschaft. Richter-Hagen beantragte Abänderung des Getreidetarifschutzes im Interesse der heimischen Mühlen, des Handels und der Landwirthschaft, insbesondere Erlaß des Nachweises der Identität bei der mit Rücksicht auf die Ausfuhr gestatteten zollfreien Einfuhr von Getreide insoweit, daß gestattet wurde, soviel ausländisches Getreide auf die Transitlager bezw. in die Mühlen zollfrei einzuführen, wie von denselben Stellen aus Getreide oder Mehl (letzteres dem Ausbeuteverhältniß entsprechend) zur Ausfuhr in das Ausland gelangt. Graf zu Stolberg-Rastenburg beantragte Erlaß des Nachweises der Identität nur für Mühlen. Bundeskommissar Direktor Burchard sprach dagegen, daß der neue Zolltarif schon jetzt abgeändert werde. Der Antrag des Abg. Richter wurde hierauf angenommen. Morgen: Sozialistengesetz.

Braunschweig, 16. April. Der von allen Zeitungen todtgesagte schwerkranke Sozialdemokrat Bracke ist nicht todt.

Konstantinopel, 16. April. Die Pforte erhielt Nachricht von dem Erscheinen bewaffneter albanesischer Banden nahe Prizrends, welche die Uebergabe dieser türkischen Distrikte an Montenegro verhindern wollen. Muktar Pascha brach zur Zerstreuung der Banden auf.

Belgrad, 16. April. Bewaffnete Arnauten fielen in das serbische Gebiet ein und erstürmten das Waffendepot in Wutschitze. Serbien richtete einen energischen Protest nach Konstantinopel.

Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der **König** kam gestern Vormittag ½11 Uhr von der Königlichen Villa in Strehlen aus nach der Residenz und nahm daselbst die Meldungen der Herren Offiziere, sowie später die Vorträge der Herren Staatsminister rc. entgegen und begab sich gegen 2 Uhr wieder nach Strehlen zurück.

— Se. Maj. der König hat für die nationale **Fischerei-Ausstellung** in Berlin einen Ehrenpreis bewilligt. Derselbe ist für die beste Lösung nachfolgender Preisaufgabe bestimmt: „Genaue Darlegung eines für bestimmte, näher zu beschreibende Verhältnisse praktisch ausführbaren Plans bezw. der Mittel, um die den natürlichen Wasserläufen und Gewässern zugeführten Abwässer der Fabriken und Auswürfe der Städte für den Fischbestand der gedachten Gewässer vollkommen unschädlich zu machen."

— An der **großen Parade** am Geburtstage Sr. Maj. des Königs, den 23. d., nimmt auch Prinz Friedrich August als Offizier des 1. Grenadier-Regiments Theil. Commandeur der Parade ist General Senfft von Pilsach. Die General-Majors von Rudorff und von Schubert befehligen Jeder eines der beiden Treffen, in denen die Truppen zur Aufstellung kommen.

— Dem Privatbriefe eines Abonnenten aus **Stresa** entnehmen wir, daß die dasige, der Herzogin von Genua gehörige prachtvolle Villa zum Empfange Ihrer Majestäten des **Königs** und der **Königin von Sachsen** in Stand gesetzt wird. Man erwartet das sächsische Königspaar an den reizenden Ufern des Lago maggiore zu mehrwöchentlichem Aufenthalt im Juni.

— Jetzt, wo die Austragung der **neuen Steuerzettel** vor sich geht, sei auf eine Bestimmung des Einkommensteuergesetzes hingewiesen, welche zwar wiederholt von der Behörde bekannt gemacht zu werden pflegt, welche aber nichtsdestoweniger nicht oder nur wenig beachtet wird. Sie lautet: „Denjenigen Beitragspflichtigen, welchen die Zuschrift nicht behändigt werden kann, bleibt überlassen, sich wegen Mittheilung des Einschätzungsergebnisses bei der Ortssteuereinnahme zu melden." (§ 46, Abs. 2 des Eink.-Str.-Ges.). Die Zuschrift kann nun in vielen Fällen bei stattgehabtem Wohnungswechsel nicht behändigt werden. Wer daher bis zur Zeit des Termins (30. April) eine Zuschrift nicht erhalten hat, dem ist zu rathen, der obigen Bestimmung Folge zu leisten, denn er hat sich andernfalls die durch das später eintretende Beitreibungsverfahren entstehenden Kosten selbst zuzuschreiben. Wer übrigens jener Bestimmung nicht nachgeht, das sind zumeist unsere Dienstboten. Natürlich, wer will von ihnen auch Gesetzeskenntniß verlangen? Da wäre es denn eine nur billige Pflicht der Dienstherrschaften, ihre Dienstboten auf deren Obliegenheiten aufmerksam zu machen, oder bei Bezahlung der eigenen Steuer im Stadtsteueramte selbst Nachfrage zu halten. Zu diesem Zwecke bedarf es nur der Angabe, wo der Dienstbote (der Steuerpflichtige überhaupt) im Oktober 1879, d. i. die Zeit der allgemeinen Aufzeichnung, gewohnt hat bez. in Dienst gewesen ist.

— Die **Aushebung** der jungen militärpflichtigen Männer (Landbezirk Dresden) geht jetzt recht ruhig ab, nachdem die Herren Gemeindevorstände sich der Führung der zur Untersuchung Gezogenen angenommen haben und selbst mit nach Dresden hereinkommen.

— Im vorigen Sommer war von der königlichen Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen die den Sonntagsausflüglern sehr willkommene Einrichtung getroffen worden, daß der um ½9 Uhr Vormittags vom Böhmischen Bahnhofe nach Pirna abgehende Lokalpersonenzug an **Sonn- und Festtagen bis Schandau** verkehrte. Die gleiche Einrichtung wird nun, wie man uns mittheilt, auch in diesem Jahre, diesmal aber schon vom nächsten Sonntage den 18. d. Mts. ab ins Leben treten. Diese extraordinäre Fahrgelegenheit hat schon im vorigen Sommer manche Schweizreise vermittelt, denn für die Zahlreichen, welche entweder schon am Sonnabend Abend freiwillig bekennen, daß ihnen der Frühzug viel zu früh abgeht, oder dies Bekenntniß unfreiwillig ablegen, indem sie diesen Zug **verschlafen**, für sie Alle ist ein „später Frühzug" eine „Nachfahrgelegenheit" ein wahrer Trost.

— Die kgl. Staatsanwaltschaft hat die baulichen Verhältnisse des **Regner'schen Hauses** auf der Wilsdrufferstraße aus Anlaß des neulichen Unglücksfalles genau untersuchen lassen, jedoch keinen Anlaß gefunden, gegen Jemanden einzuschreiten. Das Gutachten der Techniker über die Ursachen der Katastrophe hat dargethan, daß der Sims bei Erbauung des Hauses vor 100 Jahren nicht in einer Weise construirt und befestigt gewesen ist, wie es heute Vorschrift ist. Er ist nicht verankert gewesen. Niemand hat dies aber von außen wahrnehmen können. Möglicherweise hat der Schutt, den die Dachdecker bei ihren Arbeiten nicht weggeräumt haben, auf den Sims mit gedrückt. Uebrigens gelangen jetzt täglich Gesuche von ängstlich gewordenen Hausbesitzern an die Stadtbaupolizei, den Zustand ihrer Simse untersuchen zu lassen.

— Der Reichskommissar für die **Ausstellung in Melbourne**, Geh. Rath Reuleaux in Berlin legt ganz besonderen Werth darauf, sobald als möglich in den Besitz von Photographien sowohl von den auszustellenden Gegenständen selbst, als auch von den für die Aufnahme derselben bestimmten Geräthe (Schränke, Etagèren rc.) zu gelangen. Diese Photographien sind in der Weise anzufertigen, daß sie den Umfang der Gegenstände und des Geräths genau erkennen lassen, etwa durch Beilegung eines Maßstabes. Empfehlen würde es sich, sie nicht auf Kartonpapier ziehen zu lassen, damit sie bequem transportirt werden können. Reuleaux bittet die Aussteller, ihm die Photographien in 3 Exemplaren zuzusenden und gute und in geschmackvoller Ausführung hergestellte Firmenschilder zu liefern. Die Absendung der Gegenstände selbst soll am 20. Mai erfolgen.

— In **Buenos-Ayres** soll im Herbst dieses Jahres eine Industrie-Ausstellung stattfinden, auf welcher auch die europäische Maschinen-Industrie Zulaß finden soll. Namentlich wird auf die Vertretung der landwirthschaftlichen Maschinen-Industrie Werth gelegt. Das Ministerium des Innern macht bekannt, daß zu Agenten für Deutschland die Herren Magazhusen und Werkenthien in Hamburg bestellt worden sind.

— Zu **Schwurgerichtspräsidenten** für die Sitzungsperiode der nachbenannten Landgerichte vom 1. April bis 30. Juni 1880 sind ernannt: für Dresden — Kammer-Direktor Städel, Leipzig — K.-Dir. Dr. Schilling, Bautzen — K.-Dir. Dr. Wiesand, Chemnitz — Landger.-Präs. Brückner, Freiberg — K.-Dir. Bellert, Zwickau — K.-Dir. Wolf und für Plauen — K.-Dir. Puich in Leipzig.

SLUB
Wir führen Wissen.